

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 2 (1910)
Heft: 6

Artikel: Der Maurerstreik in Winterthur [Anfang]
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-349695>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aus dem Gesamtbild sind folgende Erscheinungen deutlich wahrzunehmen:

Der Mitgliederbestand für Jahresschluss 1909 steht hoch über demjenigen auf Jahresschluss 1906 für die Buchbinder, Gemeinde- und Staatsarbeiter, Lithographen, Typographen, Lebens- und Genussmittelarbeiter, Lokomotivheizer, Maler und Gipser und Hilfsarbeiter im graphischen Gewerbe. Bei den Metallarbeitern und Lederarbeitern bleibt das Plus unter 10 %. Alle übrigen Verbände sind zurückgeblieben, wobei die Schneider am wenigsten, die Maurer am stärksten.

Ferner zeigt die Darstellung ein fortgesetztes Anwachsen der Mitgliederzahl seit 1906 für die Verbände der Typographen, Lithographen, Gemeinde- und Staatsarbeiter. Hier erscheint indessen die Steigerung für die beiden erstgenannten Gruppen von 1908 auf 1909 geringer als von 1907 auf 1908, wogegen die Buchbinder und die Gemeinde- und Staatsarbeiter gerade für das letzte Jahr eine starke Steigerung der Mitgliederzahl aufweisen. Wir schreiben dies dem Umstande zu, dass die beiden erstgenannten Verbände fast sämtliche Berufskollegen bereits organisiert haben, während den letztern noch Tausende von Mitgliedern zu gewinnen bleiben. Darüber später mehr.

Die Darstellung zeigt ferner, dass die Verbände der Lebens- und Genussmittelarbeiter, der Zimmerleute, der Steinarbeiter und der Lederarbeiter sich langsam wieder erholen, während bei den übrigen Verbänden der Mitgliederrückgang weiter anhält. Aus alledem ergibt sich, dass etwa 4 Verbände von den Wirkungen der letzten Wirtschaftskrise kaum berührt wurden, dass 5 andere Verbände den Tiefstand des reduzierten Mitgliederstandes bereits überwunden haben, während bei den übrigen 11 Verbänden der Mitgliederverlust zwar immer noch anhält, jedoch gegenüber dem Vorjahr ein langsames Tempo eingeschlagen hat.

Wir glauben daher zu der Schlussfolgerung berechtigt zu sein, dass die Mitgliederbewegung unserer Gewerkschaftsverbände, die von der wirtschaftlichen Depression arg mitgenommen wurde, die Tendenz einer langsam sich bessernden Situation zeigt.



Der Maurerstreik in Winterthur.

Am 1. Juni 1909 hat der Streik begonnen, am 2. Juni 1910 ist er durch Beschluss der Streikenden beendet worden. Die Unternehmerpresse (dazu gehören bewusst oder unbewusst ja fast alle bürgerlichen Zeitungen) hat den Maurerstreik als ein grosses Fiasko der modernen gewerkschaft-

lichen Taktik registriert, denn: es sei nichts dabei herausgekommen.

Soweit es sich um fein säuberlich auf Papier geschriebene Konzessionen — die man getrost nach Hause tragen darf — handelt, ist der Streik allerdings erfolglos verlaufen. Die Streikenden gaben den Kampf auf, ohne nur einen Versuch zu machen, zu einer Vereinbarung mit den Baumeistern zu gelangen. Ein annehmbarer Vertrag wäre nicht zu erzielen gewesen, weshalb es die Organisation der Maurer und Handlanger vorzog, eine völlig vertragslose Zeit eintreten zu lassen. Deshalb sind die Arbeitsverhältnisse im Maurergewerbe Winterthurs sicher nicht schlechter als vor dem Streik. Die Baumeister sind es nun gewohnt, höhere Löhne zu bezahlen. Haben sie doch während des Streiks auch den unfähigsten Jubiläumsarbeitern einen höheren Lohn zahlen müssen als vorher den tüchtigsten Maurern. Dabei mussten sie noch sehr höflich sein mit den unter grossem Kostenaufwand importierten Nothelfern, mussten sie es sich ohne Murren gefallen lassen, dass diese die Arbeitszeit nach Belieben gestalten. Es braucht jetzt nur eine gute Organisation, um wenigstens auf dem Gebiete der Lohnfrage die Forderungen durchzusetzen, um die es sich in dem ein volles Jahr dauernden Kampfe gehandelt hat. Die Frage der Arbeitszeitverkürzung ist nun freilich auf einige Zeit vertagt. Und sie war es ja, die die ungewöhnlich lange Dauer des Streiks verschuldet hat. Die Organisationsarbeit hat bereits tüchtig eingesetzt; gut ein Drittel der in Winterthur und Umgebung beschäftigten Maurer und Handlanger gehörte kaum acht Tage nach Beendigung des Streiks der Organisation an. Die Baumeister beginnen, sich der « Statisten » zu entledigen, und erleichtern so der Maurerorganisation die unvermeidliche Auseinandersetzung mit den Streikbrechern. Bis übers Jahr dürfte die Organisation der Maurer und Handlanger Winterthurs wieder in alter Stärke (wie vor dem Streik) dastehen. Damit ist natürlich nicht gesagt, dass dann der Kampf wieder sofort weitergeht. Sicher ist nur, dass der Kampf um den Neunstundentag im Baugewerbe durch den Ausgang des Maurerstreiks in Winterthur keine Unterbrechung erleidet, keine Schwächung, sondern unstreitig eine Stärkung erfuhr. Wann und wo die nächste Schlacht geschlagen wird, das lässt sich heute wohl noch nicht bestimmen, und was immer darüber in der bürgerlichen Presse in letzter Zeit geschrieben wurde, ist nur blanken Vermutungen entsprossen.

Für einen Kampf im Maurergewerbe ist es gewiss höchst verwunderlich, wenn gleich nach Beendigung eines « erfolglosen » Streiks gemeldet werden kann: Die Organisationsarbeit wird mit

unvermindertem Eifer weitergeführt. Dass dies gesagt werden kann, beweist schon, dass die Bedeutung des Winterthurer Maurerstreiks nicht an seinem sichtbaren Erfolg gemessen werden darf. Versuchen wir einmal, die Bedeutung dieses Kampfes klarzustellen.

Vorerst nach der sogenannten negativen Seite. Dem Unternehmertum wurde vom Verband der Maurer und Handlanger eine Kraftprobe geliefert, an die es noch lange denken wird. Das Verdienst, das sich der Maurerverband damit erwarb, dass er den Baumeistern so eindringlich die Kostspieligkeit des Herrenstandpunktes *ad oculos* demonstrierte, wird nicht geschmälert durch das Faktum, dass er ohne die Mitwirkung der gewerkschaftlichen und politischen Gesamtorganisation Winterthurs diese Demonstration nicht hätte bewerkstelligen können. Was in Winterthur geschehen ist, ist nicht das Normale, aber es wird es werden. Der Druck, der auf der Arbeiterklasse lastet, entspringt nicht Berufsverhältnissen, sondern der Struktur unserer gesamten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung, ist demzufolge für alle Arbeiter der gleiche. Dies wird noch nicht überall gleichmässig erkannt, deshalb auch die ungleichmässige Anteilnahme der Lokalorganisationen der Arbeiterschaft an den Kämpfen der einzelnen Berufe. Wir werden dieses Faktum in der Folge noch einer eingehenderen Betrachtung unterziehen. Unbestritten steht fest: Der Schaden der Baumeister ist enorm. Der einjährige Kampf hat ihnen eine zuverlässige Kalkulationsgrundlage für spätere Zeiten geliefert. Künftig werden sie besser imstande sein, vorher zu erwägen, ob es sich wohl rentiert, die Forderungen der Arbeiterschaft so protzig abzuweisen, wie sie es bisher getan. Im schweizerischen Baumeistertum herrscht noch die ursprüngliche Wildheit des Unternehmertums vor. Da wird nicht lange über die Berechtigung der Arbeiterforderungen debattiert; wer denselben am schroffsten entgegentritt, der ist der begeistertsten Zustimmung sicher. Sozialpolitische Vorlesungen nützen nichts, nur durch grossen Schaden können die Baumeister belehrt und zu einer realistischen Betrachtung der Situation *erzogen* werden. Wenn wir feststellen, dass die Baumeister durch den einjährigen Streik einen enormen Schaden erlitten, so fühlen wir uns dabei frei von jeglicher Schadenfreude, die die bürgerliche Presse auf unserer Seite zu entdecken glaubt. Für uns kommt wirklich nur das *erzieherische* Moment in Betracht. Dieses ist denn auch so wichtig, dass uns das Gejammer der bürgerlichen Presse über die « nutzlose » Vergeudung so grosser Summen völlig kalt lässt. Der gewerkschaftliche Kampf ist ein sehr namhafter Teil der Arbeit, die das Proletariat leisten muss, wenn es

seine geschichtliche Mission, die Gesellschaft zu reorganisieren, erfüllen will. Da kommt es nicht auf das Mass der Opfer an, sondern darauf, ob das Ziel ohne Opfer zu erreichen ist.

Die Winterthurer Arbeiterschaft hat sich in dem Kampffahr dieserhalb wertvolle Aufschlüsse holen können. Winterthur ist bekannt als die Hochburg der demokratischen Richtung des schweizerischen Bürgertums. Die « Winterthurer Schule » erfreute sich in demokratischen Kreisen eines grossen und berechtigten Ansehens. Ja sogar in den Kreisen der Arbeiterschaft. Die Bleuler und Konsorten waren ja auch noch aufrechte Demokraten. Auch deren heute noch lebenden Epigonen haben sich vor noch nicht allzulanger Zeit noch sehr entschieden auf die Seite der kämpfenden Arbeiterschaft gestellt. Um die geistige Physiognomie eines erheblichen Teiles der Winterthurer Arbeiterschaft zu erklären, können wir nicht umhin, das Verhalten der Bleulerschen Epigonen in einem früheren Kampfe zu schildern.

Im Frühjahr 1886 traten die Schlosser in Zürich in eine Lohnbewegung. Sie forderten einen Minimallohn und ein Arbeitszeitmaximum von zehn Stunden pro Tag. Die Meister verhielten sich ablehnend, und so kam es denn am 10. Mai zum Streik. Damals schrieb der demokratische Winterthurer « Landbote » (am 13. Mai 1886): « Am Montag vormittag (das ist am 10. Mai) rückte Hauptmann Fischer mit der Kantonspolizei aus, um die Streikenden davor zu warnen, in die Werkstätten zu dringen und die Gesellen von der Arbeit abzuhalten. Bis jetzt sind keinerlei Störungen vorgekommen. » In der gleichen Nummer des « Landbote » wird aber darauf aufmerksam gemacht, dass dies Auftreten der Polizei nur geeignet sei, die Stimmung zu verschärfen. Es folgte denn auch am 14. Mai bereits ein Streikpostenverbot des Zürcher Stadtrates, und der Polizeihauptmann Fischer drohte mit der Ausweisung der streikenden Ausländer. Gegen diese Massnahmen hat sich der « Landbote » mit einer Schärfe gewendet, die die « Arbeiterzeitung » in den kritischsten Momenten des Maurerstreiks 1909 bis 1910 nicht zu überbieten vermochte. Der « Landbote » schrieb damals: « Betreffend die angeordnete Ausweisung werde man wohl noch nicht bei mecklenburgischen Zuständen angelangt sein ... », « ... wo die Snells wirkten, spricht man von « Schwaben » ... » Ferner erklärte das demokratische Organ, dass die Streiks in Zürich « nur die Reflexe der durch alle Länder gehenden Strömung sind. Auf je breiterer Basis den Arbeitern die Organisation gelingt, um so mehr ist Aussicht vorhanden, dass ihre Forderungen sich erfüllen lassen, ohne dass einzelne dadurch geschädigt werden, um so näher kommt man dem auch in Krei-

sen der Arbeitgeber als wünschenswert anerkannten Ziele internationaler Regulierung der Arbeitszeit. *Wer sonst gelegentlich seine Arbeiterfreundlichkeit herabhängt, der wird mit den Arbeitern vor allem in solchen Zeiten sympathisieren, wo sie innerhalb der legalen Mittel, die ein freies Gemeinwesen ihnen gewährt, um ihre ökonomische und soziale Besserstellung ringen.*»

Ueber das Streikpostenverbot des Zürcher Stadtrates hat sich der «Landbote» wie folgt ausgelassen: «Der Zürcher Stadtrat hat dadurch zum allermindesten den Schein einseitiger Parteinahme sich zugezogen, was in amtlicher Verfügung einer Behörde, die über das Wohl aller Volksklassen wachen soll, nicht vorkommen sollte. Es kann nicht zur friedlichen Abwicklung der sozialen Frage dienen, wenn die Behörden aus ihrer Objektivität heraustreten und gegen diejenigen Partei ergreifen, die schon von Natur aus, das heisst mit Bezug auf ihre Hilfsmittel, die schwächeren sind und auf durchaus legalem Wege eine ökonomische Besserstellung zu erreichen suchen. Der Kampf zwischen den Schlossermeistern und ihren Arbeitern ist eine Sache zwischen diesen beiden, die vorläufig den Stadtrat nichts angeht. Es ist sogar möglich, dass gerade durch das Vorgehen des Stadtrates die Meister in ihrem ablehnenden Verhalten bestärkt worden sind und ohne jene Verfügung sich willfähriger gezeigt hätten.»

Die Parteinahme der Behörden führte in der Folge bekanntlich dazu, dass die Polizei am 15. Juni in eine demonstrierende Volksmenge hineinschoss, zwei Knaben verwundete und einen Holzarbeiter aus Bern, namens Fischer, erschoss. Der «Landbote» wies scharf und unerbittlich nach, dass die Regierungsorgane die Bluttat verschuldet hatten, sein Redakteur Dr. Locher, der heutige Regierungsrat, tat dies nicht minder rücksichtslos in einer Protestversammlung am 20. Juni in der «Tonhalle», die von etwa 5000 Arbeitern besucht war.

Im zürcherischen Kantonsrat hielt Herr Locher eine grosse Rede, in der er die ganze Entwicklung des Kampfes und den schlimmen Einfluss der parteiischen Handlungen der Behörden schilderte. Gegenüber den Angriffen der reaktionären Ratsmitglieder auf seine Haltung erklärte er stolz und feierlich: *«Ich werde nicht aufhören, im Kampfe nicht auf Seite derjenigen mich zu stellen, die die Macht, den Reichtum, die Behörden wie die «Richter» für sich haben, sondern auf Seite des schwächern Teils, der die Mühseligkeiten des Lebens trägt, aber das Recht für sich hat.»*

Und Herr Dr. Forrer, Advokat in Winterthur, heute Bundesrat, liess sich in der Kantonsratsdebatte also vernehmen:

«Sie wollen die Ordnungspartei par excellence sein; das sind Sie gar nicht. Wer jeweilen Meister ist, steht für die «Ordnung» ein; die jeweilige Minderheit ist revolutionär gestimmt. In der ganzen Welt und auch im Kanton Zürich. ... Heute besitzen Sie die Mehrheit in diesem Saale und in der Regierung; deshalb sind Sie heute für die Ordnung begeistert. Das geht so auf und ab... Der Streik ist ein Mittel im Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Sie stellen sich auf die Seite des Kapitals. ... Das Kapital hat ja für sich: die Männer der Wissenschaft, die Männer der Kunst, ja die Schönheit. Also machen Sie mit! Ich aber als unabhängiger Mann mache nicht mit und bitte Sie dafür um Entschuldigung. Was wollen denn die Schlossergesellen? Die Zehnstundenarbeit, soviel ich weiss. Es handelt sich also um Boutique-Arbeit von zehn Stunden oder mehr. Meine Herren! Wir sollen als die Auserwählten des Volkes die Blüte der Leistungsfähigkeit des Mannes darstellen. Keiner von uns ist berechtigt, von seinen Mitbürgern eine grössere Leistung zu verlangen als seine eigene. Wer also in diesem Saale gegen den Streik, also gegen die Zehnstundenarbeit stimmt, der bezeugt mit diesem Votum, dass er selbst regelmässig mehr als zehn Stunden täglich arbeitet, wohlverstanden nicht spaziert, sondern arbeitet. Ich selbst muss zu meiner Beschämung gestehen, dass ich für mich jenes Zeugnis nicht ablegen könnte.» (Schluss folgt.)



Kongresse.

Schweizerischer Typographenbund.

Ueber die Pfingsttage hielt der Schweizerische Typographenbund seine 52. Generalversammlung in Solothurn ab. Am Samstag fand vorgängig der letztern eine Delegiertenversammlung statt, an der — mit Ausnahme von Sitten — sämtliche 25 Sektionen vertreten waren, die sich in der Hauptsache mit dem aufgestellten Entwurf für einen paritätischen Arbeitsnachweis zu befassen hatte. Im allgemeinen wurde der Vorlage zugestimmt, doch sollen die Vertreter bei den weiteren Unterhandlungen mit den Kontrahenten einige Verbesserungen anzubringen suchen.

Am Sonntagmorgen rückte dann das «Gros» des Verbandes an; es mögen über 1000 Mann gewesen sein. Die Bevölkerung Solothurns bezeugte ihre Sympathie für die Jünger Gutenbergs durch Beflaggen der Häuser — die öffentlichen Gebäude nicht ausgenommen. Die Verhandlungen dauerten von morgens 10 bis nachmittags 3 Uhr.

Der Geschäftsbericht und die verschiedenen Rechnungen wurden anstandslos genehmigt und die Totalrevision der Statuten und Reglemente beschlossen. Dagegen konnte sich die Versammlung mit einer vom Zentralkomitee beantragten Steuererhöhung von 10 Cts. per Woche nicht befassen, doch soll bei der Revision der Statuten die Erhöhung des Beitrages in Wiedererwägung gezogen, dann aber zugleich die Erhöhung der Unterstützungen bei Arbeitslosigkeit geprüft werden. Ebenso wurde ein gestellter Antrag auf Erhöhung des Beitrages